

## Kreisfinanzordnung der Partei DIE LINKE. Bremen – Kreisverband Mitte-Ost

### Inhaltsverzeichnis:

§ 1 Grundsätzliches .....	1
§ 2 Beitragsordnung .....	2
§ 3 Parteispenden .....	2
§ 4 Mandatsträgerbeiträge .....	3
§ 5 Eigenfinanzierung .....	3
§ 6 Laufende Kosten .....	3
§ 7 Finanzplanung .....	3
§ 8 Nachweisführung und Abrechnung der finanziellen Mittel .....	4
§ 9 Bank-, Sparkassenkonten .....	4
§ 10 Zahlungsverkehr mit Bargeld .....	4
§ 11 Schlussbestimmungen .....	4

### **§ 1 Grundsätzliches**

Grundlagen für die Finanzarbeit des Kreisverbandes sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere das Parteiengesetz, das Bürgerliche Gesetzbuch und das Handelsgesetzbuch, sowie die Kreissatzung und die Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung und des Vorstandes des Kreisverbandes DIE LINKE. Bremen Mitte-Ost.

1. Der Kreisverband finanziert sich aus den im Parteiengesetz festgelegten Einnahmequellen. Er verwendet seine Mittel für Aufgaben, die politische Parteien nach dem Grundgesetz und dem Parteiengesetz zu erfüllen haben. Finanzielle Mittel des Kreisverbandes dürfen nur für Maßnahmen und Aktivitäten eingesetzt werden, die der Kreisverband selbst durchführt oder an denen er mit eigenständigen politischen Aktivitäten beteiligt ist.
2. Der Vorstand des Kreisverbandes ist für die Einhaltung der Rechtsvorschriften und die Durchführung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Finanzen sowie für die ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung der finanziellen und materiellen Mittel verantwortlich. Dabei trägt die Kreisschatzmeisterin bzw. der Kreisschatzmeister des Kreisverbandes eine besondere Verantwortung für die Finanzen und das Vermögen des Kreisverbandes.
3. Bei Beschlüssen vom Vorstand, deren finanzielle Konsequenzen nicht absehbar oder auf Grund der aktuellen Finanzlage nicht vertretbar sind, hat die Schatzmeisterinnen bzw. der Schatzmeister ein Vetorecht, das entweder mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder oder durch Beschluss der Kreismitgliederversammlung aufgehoben werden kann.

4. Der Kreisvorstand ist verpflichtet, jährlich Rechenschaft über die Einnahmen und Ausgaben und über das Vermögen des Kreisverbandes zu legen. Der nach dem Parteiengesetz zu erarbeitende Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Jahr ist vom Kreisvorstand zu bestätigen und dem Landesvorstand bis zum 28. Februar des Folgejahres zu übermitteln und den Mitgliedern zur Kenntnis zu geben. Der Kreisverband legt bis zum 15. des Folgemonats eines abgeschlossenen Quartals eine Abrechnung über das vergangene Quartal beim Landesverband vor.

## **§ 2 Beitragsordnung**

1. Die Mitgliedsbeiträge sind die Haupteinnahmequelle des Kreisverbandes. Ihre ordnungsgemäße und vollständige Kassierung ist wesentliche Voraussetzung für die Finanzierung der politischen Arbeit des Kreisverbandes.
2. Jedes Mitglied ist zur regelmäßigen Zahlung seines Mitgliedsbeitrages auf der Grundlage der gültigen Beitragstabelle verpflichtet. Für Mitglieder ohne oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Mindestbeitrag 1,50 Euro. Der Mitgliedsbeitrag ist jeweils zu Beginn des Zahlungszeitraumes fällig. In begründeten Härtefällen kann ein Mitglied mit Zustimmung des Kreisvorstandes bis zu einem Jahr von der Beitragszahlung befreit werden.
3. Jedes Mitglied entrichtet zusätzlich zu seinem Mitgliedsbeitrag einen Beitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL). Die Höhe dieses Beitrages wird vom Mitglied selbständig festgelegt und beträgt mindestens 0,50 Euro je Monat. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis 700 Euro sind von der Zahlung des EL-Beitrages befreit. Der Mitgliedsbeitrag für die EL wird als Jahresbeitrag erhoben. Die Durchführung der Beitragskassierung wird von der Bundesschatzmeisterin bzw. dem Bundesschatzmeister im Zusammenwirken mit den Landesschatzmeisterinnen und Landesschatzmeistern organisiert.
4. Der Mitgliedsbeitrag und der EL-Beitrag werden in Verantwortung der Landesvorstände bzw. vom Parteivorstand vornehmlich durch Banklastschrift vom Konto des Mitglieds eingezogen.
5. In regelmäßigen Abständen – insbesondere vor Wahlen – ist vom Kreisvorstand die Erfüllung der Beitragspflicht zu kontrollieren.

## **§ 3 Parteispenden**

1. Spenden sind Zuwendungen an den Kreisverband, die von den Spenderinnen und Spendern nach dem Prinzip der Freiwilligkeit geleistet werden. Das Einwerben von Parteispenden gehört zu den politischen Aufgaben des Kreisvorstandes.
2. Für die Entgegennahme, Erfassung und Veröffentlichung von Parteispenden gelten die Bestimmungen des Parteiengesetzes. Entgegengenommene Spenden sind unverzüglich in die Kasse des jeweiligen Vorstandes einzuzahlen. Parteispenden dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Nach dem Parteiengesetz unzulässige Spenden sind unverzüglich über die Bundesschatzmeisterin bzw. den Bundesschatzmeister an die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Deutschen Bundestages weiterzuleiten.

3. Zur Annahme und Vereinnahmung von Parteispenden ist der Kreisvorstand berechtigt. Dem Kreisverband stehen die bei ihm eingegangenen Spenden ungeteilt zu.

#### **§ 4 Mandatsträgerbeiträge**

1. Mitglieder in Kommunalvertretungen mit dem Mandat der Partei DIE LINKE, die Bezüge daraus erhalten, leisten dem Kreisverband neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen regelmäßig Sonderbeiträge in Form von Mandatsträgerbeiträgen
2. Die Höhe des Mandatsträgerbeitrages wird auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen dem Kreisvorstand und den Mandatsträgerinnen bzw. den Mandatsträgern festgelegt.

#### **§ 5 Eigenfinanzierung**

1. Zur Finanzierung seiner politischen Arbeit wendet der Kreisverband das Prinzip der Eigenfinanzierung an. Das heißt: Die laufenden Ausgaben sind durch die zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken.

#### **§ 6 Laufende Kosten**

1. Der bzw. die Kreisvorsitzende ist ausdrücklich berechtigt, die Kosten für nachfolgende Punkte aus dem Parteivermögen zu bestreiten:
  - Kosten der laufenden Geschäftsführung (z.B. für Papier, Umschläge, Porto);
  - Anschaffung von Aktionsmaterialien bis zur Höhe von 100,00 Euro.

#### **§ 7 Finanzplanung**

1. Es ist jährlich die Aufgabe der Kreisschatzmeisterin bzw. des Kreisschatzmeisters, einen Haushaltsplan zu erarbeiten und vom Kreisvorstand zu beraten. Der Jahreshaushalt für das folgende Jahr wird von der Kreisschatzmeisterin bzw. dem Kreisschatzmeister nach Beratung im Kreisvorstand der Kreismitgliederversammlung zum Beschluss vorgelegt. Die Kreisschatzmeisterin bzw. der Kreisschatzmeister ist dafür verantwortlich, die Einhaltung der beschlossenen Finanzpläne zu kontrollieren.
2. Der Kreisverband führt einen Jahreshaushalt. Dieser wird jedes Rechnungsjahr erstellt. Ein Rechnungsjahr entspricht einem Kalenderjahr.
3. Vor Beschlussfassungen des Kreisvorstandes zu politischen Aufgaben sind die finanziellen Konsequenzen in Abstimmung mit der Kreisschatzmeisterin bzw. dem Kreisschatzmeister zu prüfen und zu klären. Der Kreisvorstand beschließt, wer Ausgaben in welcher Höhe bestätigen darf. Zu Auftragserteilungen und Vertragsabschlüssen, die zu dauerhaften und regelmäßig wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen (Dauerschuldverhältnissen) führen, sind ausschließlich der Parteivorstand und die Landesvorstände berechtigt.
4. Eine Rechnungsprüferin bzw. ein Rechnungsprüfer wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie dürfen im Prüfungszeitraum nicht Mitglied des Kreisvorstandes gewesen sein. Sie prüfen die Finanztätigkeit des Kreisvorstandes sowie dessen Umgang mit dem

Parteivermögen, worüber sie der Kreismitgliederversammlung Bericht erstatten.

## **§ 8 Nachweisführung und Abrechnung der finanziellen Mittel**

1. Es besteht die Pflicht zur Buchführung nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes. Entsprechend den Festlegungen im Parteiengesetz sind der Nachweis über die Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Spenden und Mandatsträgerbeiträge) und die Zuwenderinnen und Zuwender mit Namen, Vornamen und Anschrift zu führen.

## **§ 9 Bank-, Sparkassenkonten**

1. Zur Eröffnung und Führung von Bankkonten unter dem Namen Partei DIE LINKE. Bremen – Kreisverband Mitte-Ost ist der Kreisvorstand mit Zustimmung des Landesvorstands berechtigt.
2. Vertretungs- und zeichnungsberechtigt für die Konten sind grundsätzlich jeweils die bzw. der Kreisverbandsvorsitzende und die bzw. der Finanzverantwortliche.
3. Im Bankzahlungsverkehr haben immer zwei Zeichnungsberechtigte gemeinsam zu unterzeichnen.

## **§ 10 Zahlungsverkehr mit Bargeld**

1. Der Kreisverband führt eine laufende Bargeldkasse, deren Bestand nicht größer als 200 Euro sein darf. Der Bestand der Kasse ist zugriffssicher zu verwahren. Der Schatzmeister bzw. die Schatzmeisterin führt ein Kassenjournal.

## **§ 11 Schlussbestimmungen**

1. Für alle Angelegenheiten, die in dieser Kreisfinanzordnung nicht geregelt sind, kommt die jeweils für den Landesverband gültige Finanzordnung zur Anwendung.
2. Die Kreisfinanzordnung und Änderungen derselben werden mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen.
3. Diese Kreisverbandsfinanzordnung tritt am 06.06.2010 in Kraft.